

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannsgasse 53. Sprachstunden der Redaction Vormittags 10-12 Uhr. Nachmittags 4-5 Uhr.

Für die Rückgabe eingereichter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.

Annahme der für die nächsten Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Fällen für Inf. Ausland: Otto Reimann, Universitätsstr. 22, Couris Köpcke, Rathhausstr. 16, nur bis 1/2 Uhr.

Kuflage 16,200.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 Mk., incl. Frachtkosten 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 30 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf.

Zusätze: 5 Ggr. Zeitschrift 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. - Tabelle über den Tag nach ihrem Takt.

Rechnen unter dem Verlagszeichen die Spalte 48 Pf. Zusätze sind fast an d. Expedition zu geben. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

№ 325.

Dienstag den 26. October 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In § 29 des Regulativs über das Prozesswesen vom 29. September 1874 ist bestimmt, daß den Prozessbüchern das Ansehen mit der Zeit nicht gekürzt ist, die im Wege des Antrags zu machen und die Prozesskosten, das nützlich, anzuhalten sind.

Diese nicht immer gehörig befolgte Vorschrift wird mit der Bestimmung, daß das Anrufen ausschließlich durch das Wort: „Wahrung“ zu erfolgen hat, hiermit zu strenger Befolgung in Erinnerung gebracht und zugleich auf die Gefahr aller bespannten Geschäfte ohne Ausnahme hierdurch erklärt.

Zurückzahlung werden um Geld bis zu 60 A oder mit Haat bis zu 14 Tagen befristet werden. Leipzig, am 16. October 1880.

Der Rath und das Collegium der Stadt Leipzig. Dr. Georai. Dr. Müller. Hartwig.

Wittwoch, den 3. November d. J. Vormittags 11 Uhr, sollen an hiesiger Expeditionstelle zwei nebeneinander gelegene, unter einem Dach befindliche

Verkäufliche des Schlosses Plethenburg

licitationsweise auf 6 Jahre verpachtet werden, wozu hiermit eingeladen wird. Die Besichtigung der betreffenden Räume kann jederzeit erfolgen. Königl. Baubureau Leipzig, am 23. October 1880.

Schurig.

Parlamentarische Lage.

„Der Rath gehörend, nicht dem eignen Trieb“ wird das preussische Abgeordnetenhaus sich in der bevorstehenden Session dasselbe Präsidium geben wie in der abgelaufenen, und die Herren von Köller, von Benda und von Oettersmann in die Stellen des Präsidenten, bezw. des ersten und zweiten Vicepräsidenten wählen. So selbstverständlich, wie das die Herren Köller und Oettersmann, kann nun freilich diese Wiederwahl des Bureau's nicht angehen werden. Die Ernennung im vergangenen Herbst war nicht das Ergebnis eines Compromisses, der etwa mit Bedacht und unter nächster Erwägung der Machtverhältnisse abgeschlossen gewesen wäre, sondern das Werk einer Keberrechnung, wenigstens soweit die Person des nationalliberalen Abgeordneten von Benda in Betracht kommt.

Man wird sich erinnern, daß die Liberalen an dem langjährigen ersten Präsidenten v. Dennigsen festhalten beschlossen hatten. Nachdem die konservativ-ultramontane Allianz ihren realen Ausdruck in der Ablehnung dieser Candidatur gefunden, war die Wahl des Herrn v. Benda zum ersten Vicepräsidenten durch die Stimmen einer Coalition und gegen die Stimmen einer großen Anzahl seiner Fraktionsgenossen beim besten Willen nicht anders denn als die Verabschiedung eines Geschehenes anzusehen, welches die Nationalliberalen aus der Stellung eines gleichberechtigten Factors herausdrängte und zu dem lediglich empfangenden Theile machte. Vielleicht war es ein Fehler derselben, die Verschlebung der Machtverhältnisse im Parlament, welche dem Centrum und den Conservativen, namentlich nach der Verschmelzung der letzteren zu einer Gesamtpartei, ziffermäßig die maßgebende Stellung verschafft hatte, nicht dadurch anzuerkennen, daß man es nunmehr diesen Fraktionen einfach überließ, allein aus ihren Reihen das Präsidium zu bilden. Es heißt nun, daß unter in Berlin lebenden nationalliberalen Abgeordneten auch gegenüber der bevorstehenden Präsidentenwahl sich vielfach die nämliche Auffassung geltend macht, und daß der verdienten und würdigen Abg. v. Benda kaum gesonnen wäre, gegen diese innere Consequenz einer nicht wegzuleugnenden Sachlage Einwendungen zu erheben. ¶

Wenn es trotzdem aller Voraussicht nach bei dem früheren Verhältnisse sein Bewenden haben wird, so ist das nur der eigentümlichen Stellung zu verdanken, welche das Centrum im politischen Leben Preussens einnimmt. Etänden die Ultramontanen ebenso auf dem Boden des Staatsgedankens, wie es die Liberalen und Conservativen thun, und wären sie als eine wahrhaft politische Partei mit klar umschriebenen Staatszwecken und mit einem regierungsfähigen Programm anzusehen, dann möchte es vielleicht ein Gebot der politischen Oecklichkeit sein, nicht bloß ihre Candidatur für die zweite Vicepräsidentenstelle zu acceptiren, sondern es auch geschähen zu lassen, wenn sie sich mit ihren Fremden von der Rechten über die Befragung der Stelle des ersten Vicepräsidenten ins Einvernehmen setzen. So wie die Dinge liegen, bei der fortdauernden absolut verneinenden Haltung des Centrums und bei der trotz der Annahme des Puttkamer'schen Friedensgesetzes in ihrem Kern nicht gebrochenen Unvereinbarkeit der liberalen Principien mit dem Programm des Abg. Windthorst liegt den Liberalen die nicht gerade angenehme Pflicht ob, durch die Wahl eines der Ihrigen gewissermaßen zu einer Verschlebung der Machtfrage im Abgeordnetenhaus und mehr noch in der Gesamtrichtung, welche die innere Politik genommen, mitzuwirken.

Politische Ueberblick.

Beilage, 26. October.

Die Beschränkung des Subgetrocknetes ist die große Seesache, welche periodisch in den Spalten der officiellen Presse auftaucht. Als vor etwa einem halben Jahre Reichstag und Bun-

desrath durch die Einbringung einer Vorlage überrascht wurden, welche die Erhebung der einjährigen durch zweijährige Etatsperioden beabsichtigte, wurde mit Recht auf einen auffälligen Parallelismus zu diesem unabhäglichen Gedanken hingewiesen, der sich im offpreussischen Provinziallandtage abspielte. War es der Wunsch, den Reichstanzler auch in seinen Irthümern zu copiren, oder sollten die kleineren Verhältnisse einer Provinz zum Veranschaulichen für den größeren Aufgabebereich des Reichs gemacht werden, genug, daß der Oberpräsident von Ostpreußen, Herr v. Horn, sich veranlaßt sah, im vorliegenden Provinzialauschusse gleichfalls den Antrag auf Einführung der zweijährigen Budgetperiode zu stellen. Es ist nun einmal nicht anders: die Conservativen haben kein Glück mit ihrer Gesetzgebungstheorie. Sie geben den sich als Realpolitiker und verfallen zu ihrem eignen und des Landes Schaden trotzdem immer auf Reue in den Fehler, irgend eine Klasse Theorie aus ihrer unbestimmten Gefühlspolitik abzuleiten, diese als oberste Regel hinzustellen und die lebendige Entwicklung eigenmächtig in solche nur scheinbar dem Bedürfnis entsprechende, ganz ungehörige Bahnen zu zwingen. So war es mit dem Wucherergesetz; so ist es im Kleinen mit dem Banberlagesetz; so ist es vor Allem mit der Agitation auf Beschränkung der Reichsbudgets; so und nicht anders steht es auch mit dem Gedanken einer Verkleinerung der parlamentarischen Repräsentation durch die Einführung zweijähriger Etatsperioden. In seiner letzten Sitzung vor wenigen Tagen hat der ostpreussische Provinzialauschuss sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, und wenn etwa irgendwo bei der preussischen Regierung die Hoffnung bestanden haben sollte, daß das Frisco jener Reichstagsvorlage durch den Nachweis von deren praktischer Ausführung aufgehoben werden könnte, so werden sich solche Erwartungen wohl anlässlich der Thatsache enttäuscht sehen, daß der Oberpräsident selber aus der eingehenden Debatte das vernünftige Fazit zog, „er beabsichtige vorläufig keine weiteren amtlichen Schritte in der Sache zu thun.“ In der That machte sich auf allen Seiten ein so entschiedener Widerspruch gegen die Zumuthung geltend, die einjährige Etatsperiode aufzugeben, daß der Reichstanzler, falls er sich die Mühe nehmen wollte, den Sitzungsbericht des ostpreussischen Provinzialauschusses zu studiren, daraus mit annähernder Genauigkeit die Reden sich construiren könnte, welche er im Reichstag gegen seinen Entwurf zu hören bekommen würde. Einweltsen ist nun freilich die Gefahr, daß die Vorlage zur Discussion gestellt werde, keine besonders drohende, aber wer die Fähigkeit des Fürsten Bismarck in der Befolgung eines einmal gefassten Gedankens kennt, der weiß, daß hier so wenig wie in früheren Fällen „aufgeschoben“ auch „aufgehoben“ bedeutet.

Die Renoual der Ausschüsse des Bundesrathes und die damit im Zusammenhang stehenden Änderungen werden noch immer lebhaft besprochen. Im Allgemeinen möchten wir bemerken, daß es durch das dem Geiste der Reichsverfassung entspricht, daß die Staaten, welche in dem Ausschüssen vertreten sind, in einem gewissen Turnus wechseln. Aus welchen Gründen in einzelnen Fällen ein Wechsel statifabel, ist schwer festzusetzen. Daß der Ausschusses der Reichsbürgers aus den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr daraus zurückzuführen ist, daß die wendenburgische Regierung oder die Vertreter derselben freikändlerische Opposition gemacht haben, ist eine offenbar mißverständliche Annahme. Wendenburg-Schwerin hat für den neuen Politaris gestimmt, es hat zum Beispiel auch bei der Beratung des Gesetzes über die Aktienrechtspflichten die preussische Vorlage unterstützt. Bemerkenswert ist es übrigens, daß gleichzeitig mit der Renoual der Ausschüsse die in der letzten Session nach „erfolgter Abänderung“ der Geschäftsordnung belidete Praxis, nahezu alle Vorlagen im Plenum zu beraten, aufgegeben worden ist. Von Interesse sind die Urtheile des Ultraman-

tanismus über die liberale Seceffion. Herr Windthorst, nach Dresdenler Zeugniß der größte Staatsmann Deutschlands, hält dafür, daß zwar die Seceffionisten noch immer in seinem Sinne unsichere Cantonisten sind, aber durch ihren Abfall von dem Nationalliberalismus jedenfalls der Fortschrittspartei Vortheil leisten, und mit dem Fortschritt vereint will Herr Windthorst die deutsche Freiheit vertheidigen! Ganz ähnlich äußert sich in dem neuesten Heft der „Historisch-politischen Blätter“ Dr. Jörg, der ebenfalls den Seceffionisten keine Zukunft prophezeit, aber der Meinung ist, daß durch die Seceffion dem Fortschritt Rationalisten aufgedrängt werden, was für den Standpunct des Herrn Jörg ganz nach dem Recept Windthorst jedenfalls erwünschter ist, als daß die national-liberale Partei mächtig und einflußreich bleibt. Das Compliment, welches in dem übereinstimmenden Urtheil dieser beiden Centrumsgrößen liegt, wird die national-liberale Partei eben so ruhig hinnehmen wie die Seceffionisten gegen sie, woraus zur Zeit fortschrittliche Banberapostel umherreisen.

Aus Berlin wird gemeldet: Das Befinden des Fürsten Hohenlohe ist in stetiger Besserung begriffen. - Der Kultusminister von Puttkamer hat sich nach der Provinz Hannover, der Director im Kultusministerium Greiff hat sich nach Ostpreußen begeben. - Der königlich großbritannische Botschafter Lord D'o Russell hat Berlin mit Urlaub verlassen. Während seiner Abwesenheit fungirt als interimistischer Geschäftsträger der Botschafts-Secretair Sir John Dalrymple. - Der französische Botschafter Graf St. Vallier traf Sonntag früh in Berlin ein.

In Weimar hat am Sonntag die Eröffnung des ordentlichen Landtages in üblicher Weise durch das Staatsministerium stattgefunden. Die großherzogliche Propositionsliste begründet die verpörrte Einberufung und weist auf die eingetretenen tiefgreifenden Umgestaltungen in der Gesetzgebung und dem Haushalte des Reichs hin, welche die Herftellung des Etats vor der Herftellung des Reichsstatut's unthunlich erscheinen lassen. Die Aufmerksamkeit der Regierung habe sich vorzugweise dem Ernte-Ergebnissen und den Nahrungsverhältnissen zugewandt und die Regierung werde über die Ersten dem Landtage eventuell besondere Mittheilungen machen. Des Weiteren kündigt die Propositionsliste zahlreiche Vorlagen an.

Der Centralauschuss des Vereins Concordia hat beschlossen, unter Festhalten an dem Project der Gründung eines deutschen Arbeiter-versicherungsvereins die zur definitiven Beratung über das Statut in Aussicht genommene Generalversammlung nicht schon im October, sondern erst später einzuberufen, um zunächst abzuwarten, welche gesetzgeberischen Schritte seitens der Reichsregierung in der Frage der Arbeiterversicherung und der Haftpflicht in Aussicht genommen sind. Dieser Beschlus sicut einem Rückzuge ziemlich ähnlich.

Wie es heißt, wird bei Anwendung des §. 28 des Socialistengesetzes auf Hamburg und das umliegende preussische Gebiet auf Grund einer Verständigung zwischen Preußen und Hamburg den Polizeibehörden nur die Ermächtigung zur Ausweisung der socialdemokratischen Agitatoren ertheilt werden. Eine Beschränkung der Passpflicht und des Waffentragens ist nicht beabsichtigt.

Auf ausdrücklichen Befehl des Ministers Rya-bach in Berlin werden die Bornerswohnungen über die Anlage einer Berlin-Schwerin-Übed-Rieler Staatsbahn jetzt in Mecklenburg mit vermehrtem Eifer betrieben. So sind schon Pläne gemacht worden, wo in Schwerin der großartige Bahnhofs dieser Bahn erbaut werden soll und welche Kosten dies erfordern würde. Daß diese Bahn vorwiegend militairischen Zwecken dienen soll, haben wir bereits ausgeführt.

Bei den letzten persönlichen Audienzen, die der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Freiherr von Wanteuffel, bei dem Kaiser hatte, soll Derselbe, wie jetzt officiell verlautet, den Kaiser gebeten haben, ihn von dem General-Commando von Elsaß-Lothringen zu entbinden, da seine Thätigkeit als Statthalter volkum in Anspruch genommen sei. Als künftigen commandirenden General in den Reichsländern bezieht man den Commandeur der 2. Garde-Infanterie-Division General-Adjutant von Dannenberg.

Die Londoner „Daily News“, das Organ Gladstone's, legt ihren Heftzug gegen Deutschland und Oesterreich fort. Wenn aber je ein Bündniß die Bürgschaft der Dauer in sich trägt, so ist es die österreichisch-deutsche Freundschaft, die ebenso sehr den Interessen beider Mächte, wie den idealen Gefühlen der weitaus überwieghenden Mehrzahl ihrer Bürger entspricht. Dies in Berlin wie in Wien an entscheidender Stelle zur Erkenntniß gebracht zu haben, gereicht dem

Fürsten Bismarck zum höchsten Ruhm. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben endlich erkannt, was sie an einander haben, und darum dieser die österreichisch-deutsche Allianz trotz des Todes-scheines, den ihr die „Daily News“ anstellt, nicht nur das Ministerium Gladstone — Das will nicht viel sagen — sondern auch noch mehr als eine Thase der Geschichte Deutschlands und Oesterreich-Ungarns überdauern!

Der Kaiser Franz Josef hat seine Schleifische Reise beendet. Wie in Teschen, so in der Marath auch in Troppau und in allen Orten, welche er auf seiner Fahrt nach der Landeshauptstadt berührte, mit größtem Enthusiasmus empfangen worden. Der Kaiser empfing u. A. in Troppau die Landes- und Stadtbehörden und erwiderte bei diesem Anlasse auf die Begrüßungsrede des Landeshauptmanns mit folgenden Worten: „Eryobt ist die Treue und Anhänglichkeit meiner wackeren Schlesier; darum kam Ich gern in dieses Land und leume auch den Berth Ihrer Huldigung. Es liegt darin zugleich die Würdigung für den Fortbestand der Eintracht im Lande, welche es erleichtern möge, den durch Elementarereignisse hart geschädigten Einwohnern aufzuhelfen.“ — Das in Pest zur Vertheilung gelangte Rothbuch umfaßt den Zeitraum vom 13. Juli 1878 bis zum 27. August 1880. In demselben werden 601 Depeschen und Actenstücke in vier Abtheilungen veröffentlicht.

Die panslavistische Partei trägt sich wiederum mit großen Plänen. In einem Artikel über die Rolle Rußlands in der slavischen Welt sagt der officiöse Petersburger „Beretz“: Bei dem Abschlusse von Bündnissen und bei Kriegserklärungen müsse man die Interessen Rußlands nach Möglichkeit mit denen der Slaven in Uebereinstimmung bringen. Rußland müsse in Verprechungen vorsichtig und vollkommen aufrichtig gegen die Slaven sein und, um ihnen näher zu können, sie genau kennen lernen. Es sei daher wünschenswerth, in den Gymnasial-Unterricht die Slavistik einzuführen, bei dem Ministerium des Reichs ein slavisches Institut zu errichten und von den diplomatischen Beamten, welche in slavische Länder gehen, bei dem Examen die Kenntniß der slavischen Hauptdialekte, der Völkertunde und Geschichte der Slaven zu verlangen. Damit sich zu begnügen, wie aber auf halbem Wege stehen bleiben. Im eigenen Nutzen und dem der Slaven seien in deren Mitte genaue Kenntnisse über Rußland zu verbreiten, und daher sei es nöthig, in Wien oder Prag ein slavisch-russisches Organ in deutscher Sprache zu gründen und slavische Bescabinete und Clubs zu eröffnen. Damit würde der Boden zu einer literarischen Vereinigung der Slaven geschaffen, welche mit der Zeit auch zur politischen führen könnte.

In verschiedenen Gouvernements des russischen Reiches herrscht bekanntlich großer Nothstand. So ist, um der drohenden Ueberwindung in der Hauptstadt abzuhelfen, der Vorschlag gemacht worden, auf Kosten der Petersburger Stadtgemeinde 150,000 Tschetwert Getreide für 1 1/2 bis 2 Millionen Rubel anzukaufen und diese Vorräthe den Bäckern und Händlern zu solchen Preisen und unter der ausdrücklichen Bedingung zu verkaufen, daß der Preis des Bundes gemöhnlichen Schwarzbrottes auf 3/4 höchstens 4 Kopeken festgesetzt würde. Ein anderer Vorschlag geht dahin, den in den Militär- und Marine-Magazinen vorhandenen Vorrath von 240,000 Tschetwert zum Einkaufspreis der Stadtgemeinde zu überlassen, welche dann in derselben Weise die Brotpreise zu reguliren könnte. Endlich hat der Oberbürgermeister Baron Kovf bei dem Grafen Loris-Melikov den Antrag gestellt, ein Getreideausfuhrverbot oder wenigstens einen Ausfuhrzoll von 2 bis 3 Rubel für das Tschetwert anzubringen.

Die Polen treten, wo immer es zugänglich ist, mit nationalen Bestrebungen hervor. Aus Lemberg, 21. October, wird dem „R. W. Tagbl.“ telegraphirt: „Die Veteranen des Polenauflandes von 1830 werden das Jubiläum des Aufstandes gegen Rußland am 29. November Mittags im Theatersaale feilich begehen. Medaillen werden vertheilt. Fürst Adam Sapieha und Graf Wladimir Dyubudoff.“

Im Zusammenhange mit der Befragung der Verhältnisse im Orient wird aus Wien telegraphisch vom Sonnabend gemeldet: Das Cabinet Ristich hat wegen des Scheiterns der Verhandlungen über den Eisenbahn- und Handelsvertrag seine Entlassung gegeben. Der Fürst von Serbien hat dieselbe zwar noch nicht angenommen, aber doch den conservativen Marinkowitsch zu sich berufen, und in Folge dessen erwartet man eine Cabinetsbildung durch Letzteren. — Die griechische Kammer nahm die Thronrede ungnäsig, ja, mit Wut an und wählte den oppositionellen Kogerinos, ein solches Mitglied des letzten Cabinets von Karamanaros, zum Präsidenten; infolge dieser Aufnahme der Thronrede und dieser Wahl nahm